

STIMMT ES, DASS ...

... die Euro-Krise die Energiewende bedroht?

Ja, denn sie hat für die niedrigen Preise von Emissionszertifikaten gesorgt, die Kohlekraftwerke sehr profitabel machen. Für diese wird nun das Netz teuer ausgebaut. Ob das rechtmäßig ist, klärt sich bald.

In Netzen pflanzen sich Fehler durch das ganze System fort. Wenn derzeit der Ausbau erneuerbarer Energien wegen hoher Kosten unter Beschuss steht, so liegt das daran, dass Energieerzeuger sich die Chance auf große Gewinne zulasten der Stromkunden nicht entgehen lassen wollen. Auslöser ist die europäische Finanzkrise, die die Produktion und damit die Nachfrage nach Emissionszertifikaten stark gedrückt hat. Weil man seinerzeit meinte, ein Markt für Emissionsrechte werde die angestrebte Verminderung der Emissionen am effizientesten bewirken, aber bei der Gestaltung dieses Markts schwer patzte, sind die Rechte nun fast umsonst zu haben. Das macht Kohlekraftwerke wieder lukrativ, die viel umweltfreundlicheren und variabler einsetzbaren Gaskraftwerke weniger lukrativ.

Nun kommt der zweite schwere Fehler. Beim Netzausbau nehmen Gesetzgeber und Bundesnetzagentur die Produktionswünsche der Kraftwerksbetreiber zum Maßstab für den angeblich nötigen Ausbau. Und wenn diese Betreiber viele Kohlekraftwerke laufen lassen wollen, die schlecht herunterregeln sind, dann braucht man eben viele der teuren und ungeliebten Starkstrom-Überlandleitungen. Denn nur so kann auch bei viel Sonne und Wind der gesamte konventionelle und aus erneuerbaren Quellen erzeugte Strom abtransportiert werden.

Zu allem Überfluss pochen die Netzbetreiber darauf, die Leitungen so auszulegen, dass auch bei extremem Starkwind alle Windkraftanlagen mit voller Leistung fahren können und nicht etwa heruntergeregelt werden müssen. Dabei wäre das sehr viel billiger,

Norbert Häring
ist Ökonomie-
Korrespondent des
Handelsblatts und
Autor des Buchs
„Stimmt es, dass ...?“



als für diese seltenen Stromspitzen teure Leitungen vorzuhalten. Aber die Kosten können ja auf die Stromkunden umgelegt werden. Der Gewinn der Netzbetreiber steigt, der Gewinn der Kraftwerksbetreiber auch.

Würde man den Kraftwerkseinsatz und den Netzausbau zusammen optimieren, könnte man mit deutlich weniger Leitungsneubau auskommen und so Milliarden sparen. Am 18. Juli wird das Bundesverwaltungsgericht hierüber verhandeln. Die rebellische Landrätin Petra Enders hat eine Klägerfront von Dutzenden Kreisen, Kommunen und Bürgerinitiativen aus Thüringen und Bayern zusammengebracht, die die Notwendigkeit einer neuen Trasse bestreiten.

Sie erreichen den Autor unter
haering@handelsblatt.com